

Rechtsextreme Wahlmobilisierung und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland

Backes, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Backes, U. (2007). Rechtsextreme Wahlmobilisierung und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland. *Totalitarismus und Demokratie*, 4(1), 17-43. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-310936>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rechtsextreme Wahlmobilisierung und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland

Uwe Backes



Dr. Uwe Backes, apl. Prof., geb. 1960 in Greimerath, Stv. Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden (Anschrift: D-01062 Dresden). Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Geschichte, 1987 Promotion zum Dr. phil. (Universität Trier), 1997 Habilitation (Universität Bayreuth). 1997–1999 Feodor-Lynen-Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung sowie Heisenberg-Stipendiat der DFG. Gastprofessuren an der Katholischen Universität Eichstätt und an der Universität Paris X-Nanterre.

Abstract

In the past years the right-wing extremist National Democratic Party of Germany (NPD) was able to expand their vote potential, especially in eastern Germany. As it has been shown, in the second half of the nineties the party adjusted their political offer according to the demands of the eastern states and their transformation issues, and in some regions it reached a certain level of social anchoring. Particularly, the achieved level of consolidation of democracy and the National Socialist-affinity of the party nevertheless make it seem unlikely that their political “trees will grow towards the sky”.

I. Einführung

Das Ausmaß von Extremismus und politisch motivierter Gewalt gilt als eines der wichtigsten Kriterien demokratischer Konsolidierung. Nur wenn die grundlegenden Werte und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates von allen relevanten sozialen und politischen Akteuren akzeptiert werden, erscheint dessen Bestand mittel- und langfristig gesichert.¹ Nach Klaus von Beyme ist Extremismus in Transitionsregimen besonders gefährlich, wo die Kommunistischen Parteien ein ideologisches Vakuum hinterließen. Rumänien biete ein Paradebeispiel, wie sich eine von der „Avantgarde“ getäuschte und missbrauchte Arbeiterschaft der (extremen) Rechten zugewandt habe.²

1 Vgl. Juan J. Linz/Alfred Stepan, Toward Consolidated Democracies. In: Journal of Democracy, 7 (1996) 2, S. 14–33, hier 15.

2 Vgl. Klaus von Beyme, Parties in the process of consolidation in East-Central Europe. In: Geoffrey Pridham/Attila Agh (Hg.), Prospects for Democratic Consolidation in East-Central Europe, Manchester 2001, S. 138–156, hier 147 f.

Das östliche Deutschland erscheint auf den ersten Blick als ein Fall, der von einem solchen Szenario besonders weit entfernt ist. Rechte Flügelparteien blieben seit dem Ende der DDR auf Bundesebene chancenlos, gelangten nicht einmal in die Nähe der für den Erwerb von Mandaten zu überwindenden Fünfprozenthürde. Probleme der Demokratiekonsolidierung zeigten sich augenfälliger am entgegengesetzten Flügel des politischen Spektrums, wo sich die ehemalige Staatspartei – anders als in Polen oder Ungarn, aber ähnlich wie in der Tschechischen Republik – nicht zu einer sozialistischen/sozialdemokratischen Partei westlichen Typs entwickelte³ und ihre demokratische Janusköpfigkeit bis in die jüngste Zeit bewahrte.⁴

Dennoch erscheint ein Blick auf das Geschehen am rechten Flügel des politischen Spektrums für die Einschätzung des Konsolidierungsstandes der Demokratie im östlichen Deutschland aufschlussreich. Wie sich zeigt, unterscheiden sich die Wettbewerbsbedingungen im „Wahlgebiet Ost“ nicht nur in der bedeutenden Stellung der nur halbherzig reformierten ehemaligen Staatspartei, sondern auch durch unterschiedliche Mobilisierungschancen rechtsextremer Parteien. Diese Differenz bestand indes nicht von Anfang an, sondern hat sich in den fünfzehn Jahren seit dem staatsrechtlichen Vollzug der deutschen Einheit allmählich entwickelt. In letzter Zeit tritt sie durch Wahlerfolge auf Landesebene deutlicher als je zuvor in Erscheinung. Mit der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) hat zudem ein Akteur merklich an Einfluss gewonnen, der zu den „harten“ Ausprägungen des politischen Extremismus gerechnet werden muss.

Der Beitrag nimmt das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 zum Anlass für eine Bilanz der Angebots- wie der Nachfragesituation am rechten Flügel des politischen Spektrums. Er zeichnet zunächst die Entwicklung der Wahlmobilisierung in den beiden Wahlgebieten West und Ost von der Vereinigung an nach und wirft dann einen Blick auf eine Reihe Faktoren, die auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite die Zunahme des Mobilisierungspotentials rechtsaußen erklären. Die Frage nach dessen Grenzen und Barrieren steht im Mittelpunkt des letzten Abschnitts. Er dient zugleich der Auslotung des Konsolidierungsstandes der Demokratie im östlichen Teil Deutschlands.

3 Vgl. ebd., S. 143. Siehe dazu auch die Beiträge in folgendem Band: Lubomír Kopeček, *Trajectories of the Left. Social Democratic and (Ex-)Communist Parties in Contemporary Europe: Between Past and Future*, Brno 2005.

4 Vgl. Viola Neu, *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*, Baden-Baden 2004; Uwe Backes, *Polarisierung aus dem Osten? Linke und rechte Flügelparteien bei der Bundestagswahl 2005*. In: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*, Wiesbaden 2006, S. 157–176.

II. Wahlpolitische Mobilisierung von Rechtsaußenparteien seit 1990

Die neuen Bundesländer legten in den ersten Jahren nach der Vereinigung keine besondere Anfälligkeit für rechtsextreme Wahlmobilisierungen an den Tag. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl vom Dezember 1990 schnitten die Rechtsaußenparteien im alten Bundesgebiet besser ab als auf dem Territorium der Ex-DDR. Es war die Hochzeit der *Republikaner* (REP), die bei der Europawahl 1989 (7,1 Prozent) die Fünfprozenthürde überschritten hatten, bei Landtagswahlen für Furore sorgten und nun vergleichsweise bescheidene 2,1 Prozent der Zweitstimmen erzielten. Insbesondere aufgrund ihrer bayerischen und baden-württembergischen Hochburgen errang die rechtspopulistische Partei mit ihrem süddeutschen Timbre im Westen ein erheblich besseres Ergebnis als im Osten, wo sie sich – wie fast überall in den Regionen nördlich der Mainlinie – in der Fläche nicht dauerhaft verankern konnte.⁵ So lag der Zweitstimmenanteil der Rechtsaußenparteien (mit dem der noch schwachen NPD; die *Deutsche Volksunion* [DVU] trat nicht an) mit 2,6 Prozent im Wahlgebiet West um einen Prozentpunkt höher als im Wahlgebiet Ost (siehe Tab. 1).

Tabelle 1: Zweitstimmenanteil der Rechtsaußenparteien bei den Bundestagswahlen 1990–2005 nach Wahlgebieten West und Ost

	Wahlgebiet West (in Prozent)				Wahlgebiet Ost (in Prozent)				Differenz (Prozentpunkte)
	DVU	REP	NPD	Summe	DVU	REP	NPD	Summe	
1990	–	2,3	0,3	2,6	–	1,3	0,3	1,6	-1,0
1994	–	2,0	–	2,0	–	1,3	–	1,3	-0,7
1998	0,8	1,9	0,1	2,9	2,8	1,5	0,7	5,0	+2,1
2002	–	0,6	0,3	0,9	–	0,5	1,2	1,7	+0,8
2005	–	0,6	1,1	1,7	–	0,4	3,6	4,0	+2,3

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken. Wahlgebiet West entspricht dem früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West), Wahlgebiet Ost dem Territorium der ehemaligen DDR (einschließlich Berlin-Ost).

Bei der darauf folgenden Bundestagswahl zeigte sich wie schon bei Landtagswahlen zuvor, dass die REP ihren Höhepunkt überschritten hatten. Ihr Stimmenanteil ging im Westen von 2,3 auf 2,0 Prozent zurück, obwohl weder DVU noch NPD als Konkurrenten auftraten. Im Osten hingegen konnten sie ihren – be-

5 Vgl. nur Uwe Backes/Patrick Moreau, *Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen*, 2. Auflage München 1994, S. 77–103.

scheidenen – Stimmenanteil von 1,3 Prozent behaupten. Die Ost-West-Differenz schrumpfte auf 0,7 Prozentpunkte.

Die Bundestagswahl 1998 zeigte erstmals klar die steigenden Mobilisierungschancen der Rechtsaußenparteien im östlichen Deutschland. Von ihnen profitierten zudem „härtere“ Formationen. Zeitweilig galt die DVU des Münchener „National-Zeitung“-Verlegers Gerhard Frey als aussichtsreichste Anwärterin auf die Nachfolge der REP in der Rolle der rechtsextremen Wahl-Lokomotive. Sie blieben im Westen hinter den REP zurück, überrundeten sie jedoch im Osten deutlich (2,8 Prozent), obwohl die REP hier – im Gegensatz zum früheren Bundesgebiet – noch zulegen konnten (von 1,3 auf 1,5 Prozent). Die DVU hatte wenige Monate zuvor bereits bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ihre Mobilisationsfähigkeit unter Beweis gestellt, als sie mit dem sensationellen Ergebnis von 12,9 Prozent in den Magdeburger Landtag eingezogen war.⁶ Die Resultate der NPD erschienen daneben sehr bescheiden, obwohl ihr Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 1998 im Wahlgebiet Ost immerhin 0,7 Prozent erreichte – ein Vielfaches ihres Anteils im Westen (0,1 Prozent). Die Summe der Stimmenanteile der drei Rechtsaußenparteien betrug im Osten 5,0 Prozent und lag damit um 2,1 Prozentpunkte über den westlichen Ergebnissen.

Dass die NPD im Osten auf Landesebene einmal ähnlich hohe Werte erreichen könnte wie die DVU (oder die REP im Westen), hielten viele Beobachter für sehr unwahrscheinlich. Denn die NPD bot mehr noch als die DVU das Bild einer „harten“ rechtsextremistischen Partei, die sich unter dem neuen Bundesvorsitzenden Udo Voigt von 1996 an gegenüber den militanten „Szenen“ der „Skinheads“ und „Neonazis“ geöffnet hatte. Ein neues strategisches Konzept maß dem provokativen öffentlichen Auftreten („Kampf um die Straße“) ebenso große Bedeutung bei wie der Kandidatur bei Wahlen („Kampf um die Parlamente“) und der Gewinnung von Führungspersonal („Kampf um die Köpfe“).⁷ Obwohl es der NPD im Vergleich zu den REP an populistischer Wendigkeit gebrach, konnte sie, gestützt auf einen kleinen, aber funktionsfähigen Parteiapparat, ihren Stimmenanteil nach und nach erhöhen. Bei der Bundestagswahl 2002 kam sie im Westen zwar nur auf 0,3 Prozent, erreichte aber im Osten immerhin einen Stimmenanteil von 1,2 Prozent. Sie profitierte dabei vom weiteren Niedergang der REP und der Wahlabstinenz der DVU, deren Personaldecke für eine bundesweite Kandidatur zu schwach war und deren auseinander gebrochene sachsen-anhaltinische Landtagsfraktion für ständige Negativschlagzeilen gesorgt hatte. Die NPD konnte den Stimmenverlust der beiden Konkurrenten allerdings

6 Vgl. vor allem Everhard Holtmann, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2002.

7 Vgl. NPD-Parteivorstand, Das strategische Konzept der NPD. In: Holger Apfel (Hg.), „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 356–360. Siehe zur Entwicklung der Partei bis 1998 vor allem: Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a. M. 1999.

Tabelle 2: Zweitstimmenanteile von Rechtsaußenparteien über 3 Prozent bei Landtagswahlen, 1990-2006

Land	Wahljahr	Partei	Zweitstimmenanteil (%)	Mandate
Bayern	1990	REP	4,9	-
Saarland	1990	REP	3,4	-
Berlin	1990	REP	3,1	-
Bremen	1991	DVU	6,2	6
Baden-Württemberg	1992	REP	10,9	15
Schleswig-Holstein	1992	DVU	6,3	6
Hamburg	1993	REP	4,8	-
Bayern	1994	REP	3,9	-
Niedersachsen	1994	REP	3,7	-
Baden-Württemberg	1996	REP	9,1	14
Schleswig-Holstein	1996	DVU	4,3	-
Hamburg	1997	DVU	4,9	-
Bayern	1998	REP	3,7	-
Sachsen-Anhalt	1998	DVU	12,9	16
Brandenburg	1999	DVU	5,3	5
Bremen	1999	DVU	3,0	1
Thüringen	1999	DVU	3,1	-
Baden-Württemberg	2001	REP	4,4	-
Saarland	2004	NPD	4,0	-
Sachsen	2004	NPD	9,2	12
Brandenburg	2004	DVU	6,1	6
Sachsen-Anhalt	2006	DVU	3,0	-
Berlin-Ost	2006	NPD	4,0	-
Mecklenburg-Vorpommern	2006	NPD	7,3	6

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

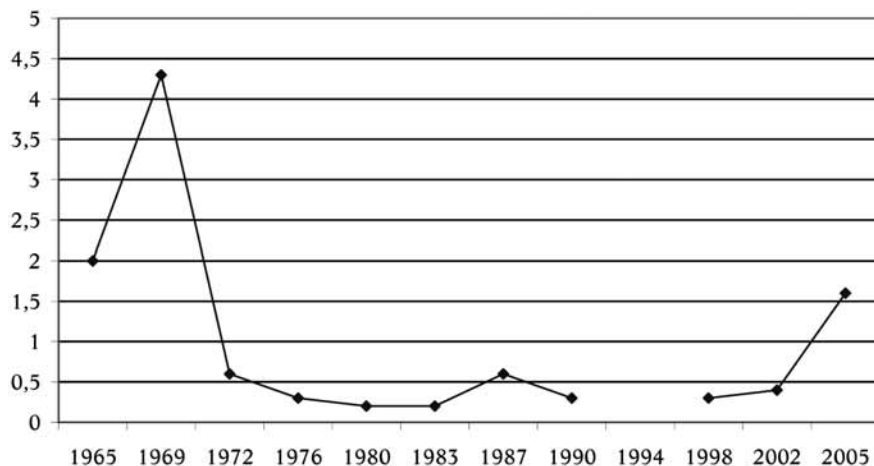
nicht ausgleichen, und im Osten schnitten die beiden Rechtsaußenparteien nur um 0,8 Prozentpunkte besser ab als im Westen.

Dass die NPD noch nicht am Ende ihrer Mobilisationsfähigkeit angelangt war, bewies das Wahljahr 2004. Im Saarland kam sie auf 4,0 Prozent, in Sachsen konnte sie mit 9,2 Prozent der Stimmen seit 1968 erstmals wieder in einen Land-

tag einziehen (siehe Tabelle 2). Zugleich gelangte die DVU in Brandenburg zum zweiten Mal in Folge und mit einem verbesserten Stimmenergebnis (6,1 Prozent) in das Landesparlament. Bei den Landtagswahlen in Thüringen fiel das Ergebnis vergleichsweise bescheiden aus, doch erreichten REP und NPD zusammen immerhin 3,6 Prozent. Auch bei den Landtagswahlen des Jahres 2006 erzielten Rechtsaußenparteien im Osten überall drei Stimmenprozente und mehr: In Sachsen-Anhalt kam die DVU auf 3,0 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern zog die NPD erneut in ein Landesparlament ein (mit 7,3 Prozent).⁸ Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus erzielte sie im Osten 4,0 Prozent der Stimmen (im Westen 1,7 Prozent). In den östlichen Bezirken Marzahn-Hellersdorf (5,4 Prozent) und Lichtenberg (5,1 Prozent) überschritt der Stimmenanteil die Fünfprozentmarke. Bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen am gleichen Tag erhielt sie neun von elf Mandaten in den östlichen Bezirken.⁹

Die Differenz der beiden Wahlgebiete Ost/West war bereits zuvor bei der vorgezogenen Bundestagswahl vom September 2005 klar zum Ausdruck gekommen. Die NPD konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl von 2002 vervierfachen und erzielte mit 1,6 Prozent der Zweitstimmen das drittbeste Ergebnis ihrer Wahlgeschichte (siehe Abb. 1) Sie blieb zwar deutlich hinter dem Ergebnis von 1969 zurück, als sie mit 4,3 Prozent knapp an der Fünfprozentmarke gescheitert war. Doch kam sie diesem Ergebnis im Wahlgebiet Ost

Abb. 1: NPD-Zweitstimmenanteil bei den Bundestagswahlen 1965–2005



Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken. Bei der Bundestagswahl 1994 hatte die NPD auf eine Kandidatur verzichtet.

8 Vgl. Sandra Pingel-Schliemann/Karl-Georg Ohse, Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: DA, 39 (2006), S. 968–973.

9 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres/Abteilung Verfassungsschutz Berlin (Hg.), Wählerbewegungen im extremistischen Spektrum in Berlin, Berlin 2006, S. 12–14.

(einschließlich Berlin-Ost) mit 3,6 Prozent erheblich näher als im Wahlgebiet West (1,1 Prozent).

In allen östlichen Ländern überschritt sie den Durchschnittswert des Wahlgebiets West deutlich (siehe Tabelle 3). Zwischen dem „stärksten“ westlichen Land (Saarland: 1,8 Prozent) und dem „schwächsten“ östlichen (Sachsen-Anhalt: 2,5 Prozent) lagen immerhin noch 0,7 Prozentpunkte. Das beste Ergebnis auf Landesebene erzielte die NPD, angesichts früherer Ergebnisse nicht überraschend, in Sachsen mit 4,8 Prozent der Zweitstimmen. Eine Hochburg blieb der Wahlkreis Sächsische Schweiz (7,1 Prozent der Zweitstimmen; Direktkandidat: der Königsteiner Fahrlehrer Uwe Leichsenring). Die örtlich über mehrere Wahlen hinweg konstant hohen Ergebnisse zeugten hier von einem beachtlichen Maß sozialer Verankerung.

Tabelle 3: Ergebnisse der NPD bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005

	Erststimmen 2005		Erststimmen 2002		Zweitstimmen 2005		Zweitstimmen 2002	
Bund	857.777	1,8%	103.209	0,2%	748.568	1,6%	215.232	0,4%
Baden-W.	92.847	1,6%	3.499	0,1 %	66.644	1,1 %	16.404	0,3 %
Bayern	126.059	1,8%	–	–	95.196	1,3%	16.796	0,2%
Berlin	33.508	1,8%	10.893	0,6%	29.070	1,6%	11.260	0,6%
Brandenb.	51.389	3,3%	10.772	0,7%	50.280	3,2%	23.271	1,5%
Bremen	5.513	1,5%	1.279	0,3%	5.341	1,4%	1.801	0,5%
Hamburg	10.135	1,1 %	4.159	0,4%	9.463	1,0%	1.956	0,2%
Hessen	51.499	1,5%	11.444	0,3%	41.380	1,2%	12.613	0,4%
Meckl.-V.	32.944	3,3%	1.259	0,1 %	34.747	3,5%	8.190	0,8%
Nieders.	62.313	1,3%	6.536	0,1 %	59.744	1,3%	12.905	0,3%
Nordrh.-W.	97.166	0,9%	3.686	0,0%	80.512	0,8%	25.883	0,2%
Rheinld.-Pf.	36.481	1,5%	5.469	0,2%	31.012	1,3%	10.321	0,4%
Saarland	10.920	1,7%	6.967	1,1 %	11.459	1,8%	4.449	0,7%
Sachsen	131.718	5,0%	26.658	1,0%	126.701	4,8%	36.814	1,4%
Sachsen-A.	40.324	2,8%	5.992	0,4%	36.970	2,5%	14.296	1,0%
Schlesw.-H.	17.497	1,0%	2.057	0,1 %	17.061	1,0%	4.701	0,3%
Thüringen	57.464	4,0%	2.539	0,2%	52.988	3,7%	13.572	0,9%

Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

Aufmerksamkeit erregte der plötzliche Tod der NPD-Spitzenkandidatin im Wahlkreis 160 (Dresden I), der zur NPD übergetretenen ehemaligen REP-Landesvorsitzenden Kerstin Lorenz. Die Wahl musste in diesem Wahlkreis auf den 2. Oktober 2005 verschoben werden. Mit dem von der NPD nachnominierten

Tabelle 4: Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung zugunsten der NPD für die Jahre 2002-2006 gemäß §§ 18 ff. PartG

Jahr	Stimmenkonto	Zuwendungen	Wähleranteil	Zuwendungsanteil	Summe	Endbetrag	Länderanteil	Bundesanteil
2002	44.714	967.972,77	38.006,90	367.829,65	405.836,55	329.115,26	22.357,00	306.758,26
2003	44.714	1.004.454,24	38.006,90	381.692,61	419.699,51	334.291,43	22.357,00	311.934,43
2004	481.058	1.024.870,66	408.899,30	389.450,85	798.350,15	666.040,42	119.657,50	546.382,92
2005	1.242.181	1.180.490,23	1.055.853,85	448.586,29	1.504.440,14	1.233.779,59	125.935,00	1.107.844,59
2006	1.358.311	1.349.643,23	1.154.564,35	512.864,43	1.667.428,78	1.376.678,48	184.000,00	1.192.678,48

Quelle: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat PM3; Stand jeweils Februar des nachfolgenden Jahres; Stimmenkonto: Summe der berücksichtigungsfähigen gültigen Listenstimmen der letzten Bundestags- und Europawahl und der jeweils letzten Landtagswahlen; Zuwendungen: Summe der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie der Spenden natürlicher Personen bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von 3.300 Euro je Person und Jahr; Wähleranteil: aus dem Stimmenkonto errechnete Beiträge (0,85 Euro je Stimme für die ersten 4 Mio. Stimmen, darüber hinaus 0,70 Euro je Stimme); Zuwendungsanteil: aus den Zuwendungen errechnete Beiträge (jeweils 0,38 Euro); Summe: Wähleranteil plus Zuwendungsanteil; Endbetrag: nach Abgleich mit der „relativen Obergrenze“ errechneter Gesamtbetrag der staatlichen Finanzierung; Länderanteil: an die Landesverbände auszahlender Betrag; Bundesanteil: an den Bundesverband auszahlender Betrag.

Direktkandidaten Franz Schönhuber, dem ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden, konnte die Partei ihren Zweitstimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 2002 von 0,8 auf 2,6 Prozent steigern. Das Erststimmenergebnis Schönhubers (2,4 Prozent) dürfte von vielen Anhängern als Enttäuschung empfunden worden sein.

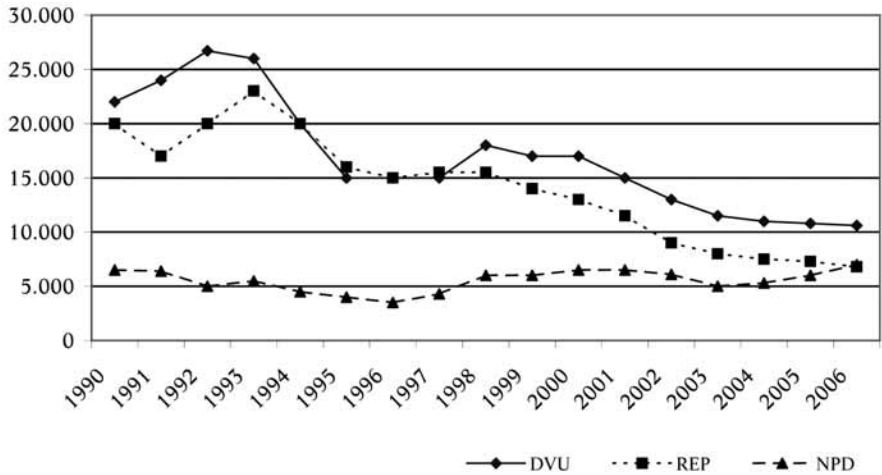
Dass sich bei der NPD-Führung nach der Wahl dennoch eine euphorische Stimmung ausbreitete, ist auch das Ergebnis einer deutlich verbesserten Finanzsituation. Das mehrfache Überschreiten der für die Mittelüberweisung im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung geltenden 0,5-Prozent- (Bund) bzw. 1,0-Prozent-Marke (Land) verschaffte der Partei seit dem Jahr 2004 öffentliche Mittel in beträchtlicher Höhe (siehe Tab. 4). Anders als etwa die REP konnte die NPD einen wachsenden Anteil ihres Etats aus öffentlichen Mitteln bestreiten. Diese positive Entwicklung der Einnahmen hat die Partei dazu befähigt, neues Personal zu rekrutieren, ihre politische Präsenz „vor Ort“ zu verstärken und den Werbeaufwand in Wahlkämpfen deutlich zu erhöhen.

III. Politisches Angebot: organisatorische und strategische Voraussetzungen rechtsextremer Wahlmobilisierung

Wer erklären will, warum die älteste der aktiven Rechtsaußenparteien, die nach ihrer Wahlerfolgsserie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre lange Zeit in völliger politischer Bedeutungslosigkeit versunken war, im neuen Millennium unverhofft wahlpolitische Mobilisationskraft zurückgewinnen konnte, kommt nicht umhin, einen Blick auf die „Angebotsseite“, also die Fähigkeiten der NPD und ihrer Konkurrenten, zu werfen. Die NPD hatte, gestützt auf einen Kern überzeugungstreuer Aktivisten, trotz ihres politischen Schattendaseins über die Jahrzehnte einen Parteiapparat aufrechterhalten, der extreme finanzielle Dürreperioden überstand und in vielen Ländern einigermaßen funktionierte. Die DVU erschien demgegenüber weithin als „Phantompartei“, die bei Wahlen gelegentlich per Annonce nach Kandidaten suchen musste und in der Fläche über keinerlei soziale Verankerung verfügte. Die REP wiederum hatten nördlich der Mainlinie nicht dauerhaft Fuß fassen können und boten überdies in vielen Landesverbänden ein Bild innerer Zerrissenheit. Während DVU und REP nahezu kontinuierlich an Mitgliedern verloren, verbuchte die NPD ab 1997 wieder steigende Mitgliederzahlen. Im Jahr 2006 erreichte sie mit 6 000 bis 7 000 Mitgliedern einen langjährigen Höchststand (siehe Abb. 2).

Die NPD beutete die Schwäche ihrer Konkurrenten aus, entwickelte aber auch neue Stärken. Die Akzentuierung der „Straßenpolitik“ und das Bemühen um die Integration jugendlich-militanter „Szenen“ zeitigten vor allem in den östlichen Ländern Erfolge. Hier stellte sie soziale Themen in den Vordergrund, gebärdete sich aggressiv-antikapitalistisch, warb um „ehemalige Hoheitsträger und

Abb. 2: Mitgliederentwicklung der Rechtsaußenparteien, 1990–2006



Quelle: Verfassungsschutzbehörden; Parteiangaben.

Führungskräfte der DDR“. Auf einer Wahlkampfreise beteuerte der NPD-Vorsitzende Voigt, seine Partei habe „mehr mit der PDS zu tun als mit rechten Parteien“.¹⁰ Die Mobilisierungsbemühungen im Osten blieben nicht erfolglos. Die NPD entwickelte sich insofern zu einer „Ostpartei“, als sie bald einen höheren Anteil östlicher Mitglieder aufwies als alle in den Parlamenten vertretenen Parteien, die PDS ausgenommen (Mai 2006: CDU/CSU: 8,56 Prozent; SPD: 6,89 Prozent; FDP: 19,59 Prozent; Grüne: 14,46 Prozent; Die Linke/PDS: 89,88 Prozent; NPD: 37,46 Prozent).¹¹ In Sachsen hatte die NPD bald ihren stärksten Landesverband (1998 bereits 1400 Mitglieder). Bei der Landtagswahl 1999 erreichte sie hier mit 1,4 Prozent ihr seit langer Zeit bestes Ergebnis. Auf der Wahlliste hatte ein ehemaliger Professor für „dialektischen und historischen Materialismus“ kandidiert, der gegenüber Journalisten bekundete, nur zwei Parteien könnten in Deutschland die Katastrophe abwenden: „die PDS in Teilen und gänzlich die NPD“.¹²

Besonders die Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) bemühte sich um die Anhänger neonationalsozialistischer „Kameradschaften“, die sich infolge der zahlreichen Vereinigungsverbote der neunziger Jahre lose gruppier-

10 Zitiert nach Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Verfassungsschutzbericht 1998, Dresden 1999, S. 28. Siehe auch Uwe Backes, Organisationen 1998. In: ders./Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 11, Baden-Baden 1999, S. 113–126, hier 122.

11 Vgl. Klaus Schroeder, Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006, S. 481.

12 Zitiert nach Karsten Kehr, Die zweite Karriere. In: Berliner Morgenpost vom 5. August 1999.

ten und nach organisatorischem Rückhalt suchten. Auch Teile der militanten „Skinhead“-Szene galten als potentielles Rekrutierungsreservoir. Der Erfolg dieser Integrationsbemühungen zeigte sich u. a. in einer steigenden Frequenz und Teilnehmerzahl der von der NPD organisierten Aufmärsche und Demonstrationen.¹³ Diese Bemühungen wurden allerdings durch das 2001 eingeleitete NPD-Verbotsverfahren zeitweilig unterbrochen. Für Irritationen sorgten das taktische Lavieren der NPD-Führung zwischen heuchlerischer Verfassungstreue und ostentativer Verfassungsfeindschaft ebenso wie die Enthüllungen zur massiven Präsenz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in hohen Parteirängen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht jedoch im März 2003 „in Folge mangelnder Staatsfreiheit der Antragsgegnerin auf der Führungsebene sowie mangelnder Staatsfreiheit des zur Antragsbegründung ausgebreiteten Bildes der Partei“¹⁴ die Einstellung des Verfahrens verkündet hatte, fand die nun im Rampenlicht der Medienöffentlichkeit stehende NPD bald den Weg aus der Krise.

Im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl vom September 2004 konzentrierte die Partei ihre Kräfte auf den stärksten Landesverband. Erfahrenes Personal wurde nach Dresden entsandt. Schon zuvor hatte man die Zentralen des Theorieorgans *Deutsche Stimme* und der JN nach Sachsen verlegt. Um Konkurrenz bei Wahlen zu verhindern, bemühte man sich um Einvernehmen mit den REP, deren sächsischer Landesverband sich teilweise auflöste, nachdem die Führung auf Konfrontation mit dem Bundesvorstand gegangen und die Landtagswahlkandidatur hintertrieben hatte.¹⁵ Ein ähnlicher Konflikt zwischen Landes- und Bundesführung wurde zwei Jahre später in Sachsen-Anhalt ausgetragen.¹⁶ Das Festhalten des Bundesvorsitzenden Schlierer am Abgrenzungskurs gegenüber „der NPD und Neonazis“¹⁷ wirkte sich in den östlichen Ländern ohnehin weni-

-
- 13 Vgl. Fabian Virchow, Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland. In: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 68–101.
- 14 BVerfG, 2 BvB 1/01 vom 18. März 2003, Abs. 62. Siehe zum NPD-Verbotsverfahren vor allem: Lars Flemming, *Das NPD-Verbotsverfahren*. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005; Eckhard Jesse, *Der gescheiterte Verbandsantrag gegen die NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 44 (2003), S. 292–301; Claus Leggewie/Horst Meier (Hg.): *Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben?*, Frankfurt a. M. 2002; Robert Chr. van Ooyen, *Die Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht*. In: ders./Martin H.W. Möllers (Hg.), *Das Bundesverfassungsgericht im politischen System*, Wiesbaden 2006, S. 333–349.
- 15 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), *Verfassungsschutzbericht 2004*, Dresden 2005, S. 71.
- 16 Vgl. „Republikaner-Chef wechselt zur NPD“. In: *Volksstimme* (Magdeburg) vom 10. Januar 2007.
- 17 Vgl. nur die Grundsatzklärung des Bundesvorsitzenden: Rolf Schlierer, *Keine braune Volksfront!*, Oktober 2004. Schlierer wurde auf dem Bundesparteitag im Dezember 2006 im mittelfränkischen Höchststadt mit 135 von 206 Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt. Sein Gegenkandidat Björn Clemens, der sich für die Mitarbeit im „Deutschlandpakt“ ausgesprochen hatte, erhielt 71 Stimmen. Vgl. REP-Pressemitteilung Nr. 46 vom 10. Dezember 2006.

ger nachteilig aus als im Westen. Wichtiger war das Einvernehmen mit der hier erfolgreicherer DVU. Bereits 2004 hatte sich die NPD mit der Münchener Zentrale auf ein koordiniertes Vorgehen bei Wahlen verständigt. Angesichts der „zunehmenden Überfremdung und der sozialen Verarmung der Deutschen“ wurde der Beschluss gefasst, „sich bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern“.¹⁸ Das erfolgreiche Abschneiden in beiden Ländern ermutigte zur Fortsetzung. Im Januar 2005 unterzeichneten die Parteivorsitzenden Voigt und Frey auf dem DVU-Bundesparteitag in München den „Deutschland-Pakt“, der die Zusammenarbeit bis ins Jahr 2009 regelte. Bei der Bundestagswahl kandidierte die NPD, nahm aber DVU-Kandidaten in ihre Landeslisten auf.¹⁹

Im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl ließen sich szenebekanntere „Freie Nationalisten“ zu einer Mitgliedschaft bewegen. In einer „Erklärung zum Eintritt in die NPD“ riefen Thomas Wulff, der frühere Gründer der Hamburger *Nationalen Liste* (NL), Thorsten Heise und Ralph Tegethoff, beide ehemals führende Aktivisten der neonationalsozialistischen, 1995 verbotenen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP), zur Bildung einer „Volksfront von Rechts“²⁰ auf. Heise wurde wenig später in den NPD-Bundesvorstand (2004) gewählt. Er und seine beiden Mitunterzeichner kandidierten bei der Bundestagswahl 2005 auf Landeslistenplätzen. Damit wurde die Kooperation der NPD mit der „Kameradschaftsszene“ gleichsam institutionalisiert. Dies stärkte die Kampagnenfähigkeit der Partei, die in ihren Wahlkämpfen „massiv von Neonazis unterstützt“²¹ wurde. Auch so erklärt sich das vergleichsweise geringe Durchschnittsalter der NPD-Wahlbewerber. Bei der Bundestagswahl 2005 lag es mit 44 Jahren deutlich unter dem der REP, der *Linkspartei* und der beiden Volksparteien SPD und CDU/CSU.²² Auch wenn viele der meist jugendlichen Anhänger militant-rechtsextremer „Szenen“ parteipolitisches Engagement scheuten, fungierten diese doch in zunehmendem Maße als Rekrutierungsreservoir der NPD.

Dieses Reservoir war im Jahr 2005 pro Kopf der Bevölkerung im östlichen Deutschland mehr als dreimal so groß wie im westlichen. Den Spitzenwert erreichte Mecklenburg-Vorpommern mit 54 Aktiven pro 100 000 Einwohner, gefolgt von Sachsen (46), Berlin (41), Brandenburg (37), Sachsen-Anhalt (37) und

18 „Taten statt Worte. Gemeinsame Erklärung der Parteivorstände von DVU und NPD“, http://www.npd.de/npd_info/meldungen/2004/m0604-18.html (18. Mai 2005).

19 „Deutschland-Pakt von DVU und NPD“, 16. Januar 2005, <http://www.dvu.de> (6. September 2005).

20 Vgl. Thomas Wulff/Thorsten Heise/Ralph Tegethoff, Erklärung zum Eintritt in die NPD, 17. September 2004, <http://www.eine-bewegung-werden.de/eintritt.htm> (14. Mai 2005).

21 Bundesamt für Verfassungsschutz, Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus, Köln 2006, S. 5.

22 Vgl. Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Sonderheft: Die Wahlbewerber für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 2005, Wiesbaden 2005, S. 52.

Thüringen (33). Den höchsten Anteil im westlichen Deutschland wies – mit einem Abstand – Schleswig-Holstein (25) auf (siehe Tab. 5).

Tabelle 5: Anhänger militant-rechtsextremer „Szenen“ im westlichen und östlichen Deutschland, 2005

Westliches Deutschland				Östliches Deutschland			
	„Neo-nazis“	„Gewaltbereite“	Bevölkerungsanteil		„Neo-nazis“	„Gewaltbereite“	Bevölkerungsanteil
S-H	70	640	25	M-V	320	600	54
NS	365	930	16	Ber	500	850	41
Bre	15	25	6	Bran	350	570	37
Ham	80	150	13	S-A	250	650	37
NRW	460	1.250	9	Sa	260	1.660	46
Hess	250	750	16	Thü	230	530	33
Rh-Pf	25	500	13				
Saar	30	170	20				
Ba-Wü	310	1.080	13				
Bay	300	800	9				
Summe	1.905	6.295	12	Summe	1.910	4.860	40

Quelle: Verfassungsschutzbehörden der Länder. Bevölkerungsanteil pro 100 000 Einwohner (gerundet). Die Kategorien „Neonazis“ und „Gewaltbereite“ werden in den Ländern nicht einheitlich definiert. Bei den „Gewaltbereiten“ handelt es sich überwiegend um „Skinheads“.

Die Stärke der militanten, von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominierten Szenen ist nicht losgelöst von der allgemeinen Transformationsproblematik im östlichen Deutschland zu verstehen und eng mit einer politischen Nachfragestruktur verbunden, die von einem schwer zu entwirrenden Knäuel politischer, sozial-ökonomischer und kultureller Bedingungsfaktoren bestimmt wird.

IV. Nachfrage: politische, sozial-ökonomische und kulturelle Bedingungsfaktoren rechtsextremer Wahlmobilisierung

Der NPD wäre es trotz aller Konzentration ihrer personellen und organisatorischen Ressourcen wohl kaum gelungen, sich in bestimmten Regionen des Ostens, vor allem Sachsens und in jüngerer Zeit auch Mecklenburg-Vorpommerns, sozial zu verankern,²³ stünde die demokratische Bürgergesellschaft dort in hoher Blüte. So wird den Initiativen der NPD (etwa bei der Ansprache Jugendlicher) vielerorts nur wenig entgegengesetzt. Die Schwäche der zivilen Gesellschaft findet einen hervorstechenden Ausdruck in der geringen Rekrutierungsfähigkeit der Parteien. Zwar ist der Anteil der Bevölkerung, der als Parteimitglied bereit ist, politische Verantwortung zu übernehmen, im östlichen wie im westlichen Deutschland seit Jahren rückläufig, bewegt sich aber auf unterschiedlichem Niveau. Was die CDU/CSU angeht, lag der Anteil der Parteimitglieder an der eintrittsberechtigten Bevölkerung (Personen über 16 Jahre) im Westen 2003 knapp dreimal so hoch wie im Osten. Bei der SPD war der Anteil im Westen sogar sechsmal so hoch. Dagegen wies die PDS/Linkspartei trotz starken Mitgliederrückgangs und chronischer Überalterung im Osten immer noch eine mehr als vierzigmal höhere Rekrutierungsfähigkeit auf als im Westen (siehe Abb. 3).

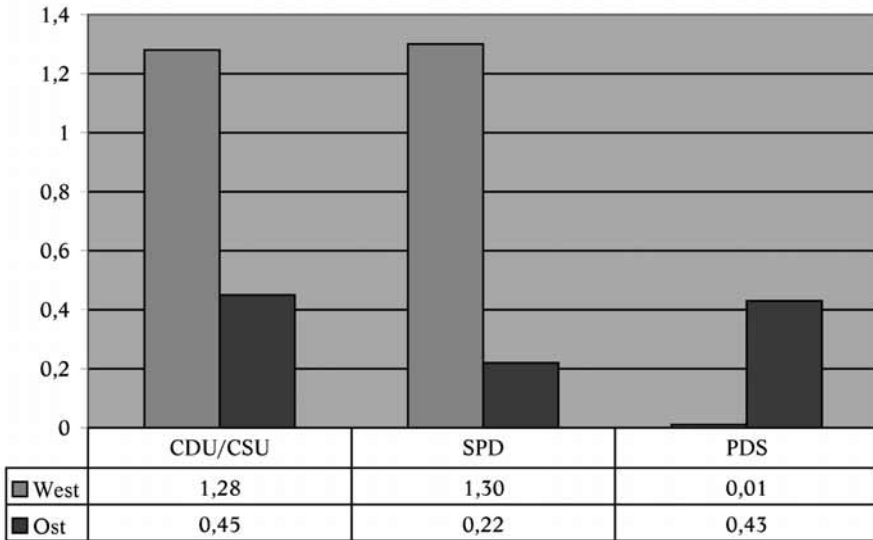
Die noch immer vergleichsweise hohe Rekrutierungsfähigkeit der PDS erklärt u. a., warum die NPD um deren Milieu in der Vergangenheit intensiv geworben hat. Während die PDS jedoch an der Überalterung ihrer Mitgliederbasis litt und bei den jungen Wählern Akzeptanzprobleme hatte,²⁴ bot die NPD auf der Mitglieder- wie auf der Wählerebene ein vergleichsweise junges Bild. So ergab eine Analyse der NPD-Mitglieder, die im Jahr 2004 bei Wahlen kandidierten (15 Prozent der Mitglieder), das überaus geringe Durchschnittsalter von 39,5 Jahren. Die stärkste Altersgruppe stellten die 26- bis 35-Jährigen (36,1 Prozent).²⁵ Auf der Wählerebene war die Situation sehr ähnlich. So erreichte die NPD bei der Bundestagswahl 2005 in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen jeweils ihren höchsten Zweitstimmenanteil: 2,9 Prozent im Wahlgebiet West, 7,3 Prozent im Wahlgebiet Ost. Bei den männlichen Wählern dieser Altersgruppe la-

23 Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005; Katharina Beier u. a., Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006.

24 Vgl. nur folgende parteiinterne Studie: Michael Chrapa/Dietmar Wittich, Die Mitgliedschaft, der große Lümmel ..., Berlin 2001.

25 Vgl. Henrik Steglich, Die sächsische NPD und der Landtagswählerfolg vom 19. September 2004. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 17, Baden-Baden 2005, S. 142–159, hier 150. Siehe auch ders., Die NPD in Sachsen. Steglich bereitet am Hannah-Arendt-Institut eine Dissertation zum Thema vor.

Abb. 3: Rekrutierungsfähigkeit der Parteien, 2003 (Deutschland Ost/West ohne Berlin)



Quelle: Eigene Berechnung nach: Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2004. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36 (2005), S. 382–389.

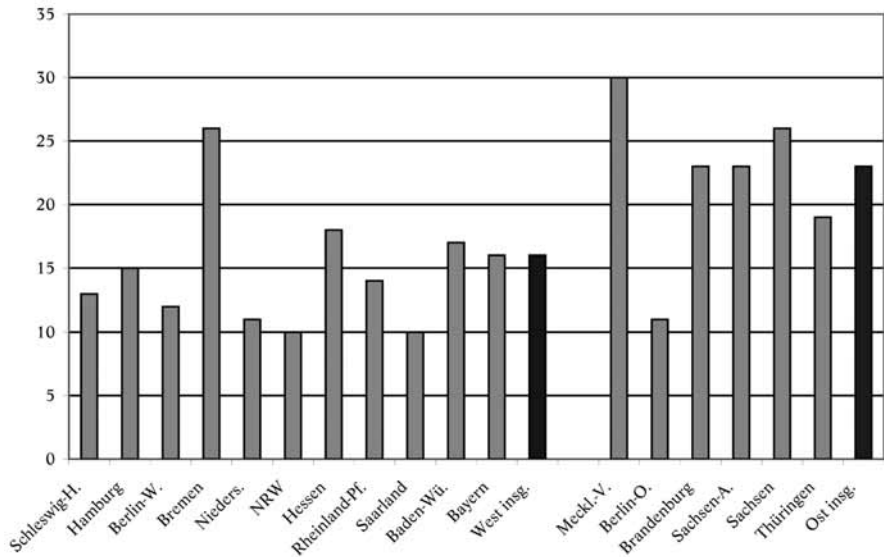
gen die Ergebnisse noch höher: 4,0 Prozent im Westen, 9,5 Prozent im Osten.²⁶ Mit wachsendem Alter sank der Anteil der NPD-Wähler an der jeweiligen Vergleichsgruppe.

Xenophobie und Ultranationalismus prägten die politische Vorstellungswelt einer beachtlichen Minderheit. Eine am Berliner Otto-Stammer-Zentrum in Zusammenarbeit mit „forsa“ entstandene Untersuchung kam im Jahr 2003 zu dem Ergebnis, 16 Prozent der deutschen Bevölkerung verfügten über ein rechtsextremes Weltbild. Erfasst wurden Personen, die sich chauvinistisch, antisemitisch, sozialdarwinistisch und ausländerfeindlich äußerten, den Nationalsozialismus verharmlosten und eine Rechtsdiktatur befürworteten. Wie Abb. 4 zeigt, lag der entsprechende Bevölkerungsanteil im östlichen (23 Prozent) erheblich über dem im westlichen Deutschland (14 Prozent).

Dieser Befund bestätigte Ergebnisse aus dem Jahr 1998. Dagegen hatte man in der ersten Hälfte der neunziger Jahre im westlichen Deutschland noch höhere Werte gemessen als im östlichen. Das Anwachsen des rechtsextremistischen Einstellungspotentials ab der zweiten Hälfte der neunziger Jahre konnte auf folgen-

26 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden 2006, S. 80 f.

Abb. 4: Rechtsextremistisches Einstellungspotential Ost/West 2003 (in Prozent)



Quelle: Forsa/FUB-OSZ, April 2003, N=4008, Bevölkerung ab 16 Jahre; Richard Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005, S. 67.

de Weise erklärt werden: Die Ostdeutschen beurteilten die ökonomischen Folgen der Systemtransformation in den ersten Jahren nach der Vereinigung wesentlich positiver als die Westdeutschen. Der rosarote Optimismus verwandelte sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre aber in einen rabenschwarzen Pessimismus: „Dass die ostdeutsche Bevölkerung ihre westdeutschen Landsleute bezüglich der Sympathien für Rechtsextremismus überholt hatte, lag daran, dass ihre anfänglich große Zuversicht in das westliche System von Demokratie und Marktwirtschaft in besonders herbe Enttäuschung umgeschlagen war.“²⁷ Allerdings zeigten Eurobarometer-Umfragen, dass die Demokratiezufriedenheit im östlichen Deutschland auch bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre weit hinter den entsprechenden Werten im Westen zurückblieb.²⁸ Dabei machten die Ostdeutschen ihr Votum für oder gegen demokratische Prinzipien in weit

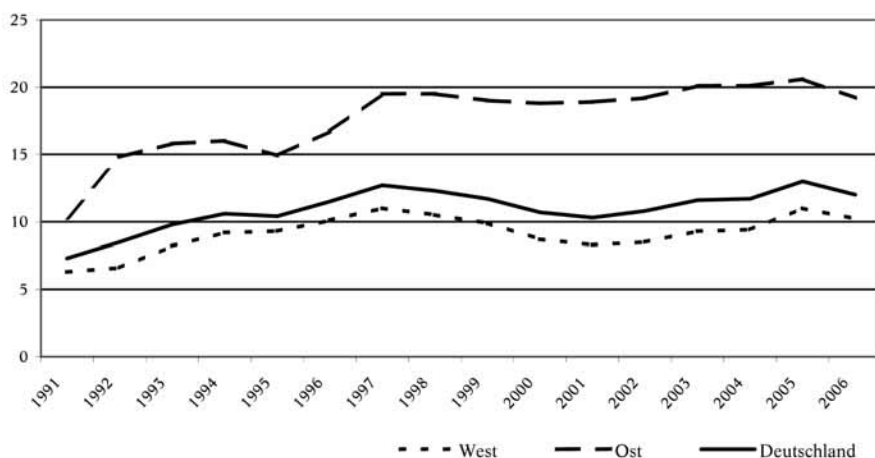
27 Richard Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005, S. 65.

28 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), *Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, 2. aktualisierte Auflage Berlin 2006, S. 649. Diese Tendenz setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. Vgl. nur Oscar W. Gabriel/Sonja Zmerli, *Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa*. In: APuZ, B 30-31/2006, S. 8-15.

höherem Ausmaß als die Westdeutschen von den jeweiligen ökonomischen Erwartungen abhängig. Die ausgeprägte „Output-Abhängigkeit“ der Demokratiezufriedenheit im Osten zeugte von der Persistenz autoritärer Denkmuster und der Prädominanz sozialistisch-etatistischer Einstellungen, die dem Staat in hohem Maße die Verantwortung für ökonomische Prosperität zuschrieben.²⁹

Zu den größten Sorgen der Bürger, vor allem der östlichen Länder, zählte die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, verbunden mit dem Eindruck, die „politische Klasse“ sei nicht in der Lage, bei ihrer Bekämpfung wesentliche Fortschritte zu erzielen. Zu diesem Stimmungsbild trug der erneute Anstieg der Arbeitslosigkeit ab 2002 nach zeitweiligem leichten Rückgang in den Jahren 1998–2001 bei (siehe Abb. 5). Die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleiteten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen („Hartz IV“) lösten vor allem im östlichen Deutschland eine Protestwelle aus.

Abb. 5: Arbeitslosenquoten Ost/West, 1991–2006



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Arbeitslosenquoten bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen. Die Zahlen für die Jahre 2005 und 2006 sind mit denen der Vorjahre wegen des Eingangs der Sozialhilfeempfänger in die Arbeitslosenstatistik nur bedingt vergleichbar.

Offenbar profitierte die NPD von der Proteststimmung. Schon vor der Sachsenwahl hatte sie am Rande der von linken Gruppierungen dominierten, mit dem provokativen Titel „Montagsdemonstrationen“ versehenen Protestveranstaltungen in mehreren Städten des östlichen Deutschland agitiert und sich mit sozialpolitischen Themen zu profilieren versucht. Diese Strategie setzte sie im Bundestagswahlkampf fort. Das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutsch-

²⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, S. 651.

land“³⁰ unterschied sich dadurch fundamental von den Programmen der linken Konkurrenz, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Einwanderung und Arbeitslosigkeit herstellte. Die entsprechenden Forderungen lauteten: „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“, die „Schaffung einer Volksgemeinschaft“, ein „Einwanderungsstopp“, ein „Gesetz zur Ausländerheimführung“ und eine

Tabelle 6: NPD-Zweitstimmenanteil und Arbeitslosenquote in sächsischen und mecklenburgischen Wahlkreisen, Bundestagswahl 2005

Wahlkreis	Zweitstimmen- anteile für die NPD in %	Arbeitslosen- quote Ende 2004
Leipzig II	2,2	19,8
Dresden I	2,6	17,1
Leipzig I	3,0	19,8
Chemnitz	3,2	20,7
Zwickauer Land - Zwickau	3,6	20,6
Dresden II - Meißen I	4,1	17,1
Leipziger Land - Muldentalkreis	4,4	20,4
Vogtland - Plauen	4,6	18,0
Chemnitzer Land - Stollberg	4,7	19,0
Delitzsch - Torgau-Oschatz - Riesa	5,2	20,7
Döbeln - Mittweida - Meißen II	5,8	20,7
Löbau-Zittau - Görlitz - Niesky	6,0	26,2
Freiberg - Mittlerer Erzgebirgskreis	6,1	19,8
Annaberg - Aue-Schwarzenberg	6,3	21,1
Bautzen - Weißwasser	6,3	22,8
Kamenz - Hoyerswerda - Großenhain	6,5	26,2
Sächsische Schweiz - Weißeritzkreis	7,1	15,4
Freistaat Sachsen	4,8	19,7
Rostock	2,0	21,5
Wismar - Nordwestmecklenburg - Parchim	3,1	18,8
Schwerin - Ludwigslust	3,3	16,1
Bad Doberan - Güstrow - Müritzkreis	3,3	23,3
Stralsund - Nordvorpommern - Rügen	3,6	27,5
Greifswald - Demmin - Ostvorpommern	4,5	28,0
Neubrandenburg - Mecklenburg-Strelitz - Uecker-Randow	4,5	27,3
Mecklenburg-Vorpommern	3,5	23,3

Quelle: Amtliche Wahlstatistiken.

30 NPD-Parteivorstand, Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin 2005.

„sozial gerechte Steuerpolitik“ durch höhere Steuern auf „müheleses Einkommen“ – eine Formulierung, die Punkt 11 des NSDAP-Parteiprogramms von 1920 entsprach.

Die Anstrengungen der NPD brachten bei der Bundestagswahl 2005 zwar keinen Durchbruch, waren aber keineswegs erfolglos. Insbesondere bei den Arbeitern und Arbeitslosen erzielte sie überdurchschnittliche Ergebnisse. Die Vermutung, die NPD habe bei den Arbeitslosen und den von Arbeitslosigkeit Gefährdeten überproportionale Stimmengewinne verbucht, wurde schon durch einen Blick auf die Wahlkreise mit den höchsten NPD-Ergebnissen gestützt. So erzielte sie in den beiden Ländern, in denen sie auch bei Landtagswahlen ihre Mobilisationskraft unter Beweis gestellt hatte, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, überdurchschnittliche Ergebnisse fast ausschließlich in Wahlkreisen mit besonders hoher Arbeitslosenquote (siehe Tab. 6).

Allerdings lässt sich auf diese Weise nicht nachweisen, dass die NPD in den entsprechenden Wahlkreisen auch tatsächlich überproportional von Arbeitslosen gewählt worden war. Die Hypothese bestätigte sich aber in den Wahltagsbefragungen von infratest/dimap. Demnach wählten 7 Prozent der Arbeitslosen im Osten und 4 Prozent im Westen die NPD. Bei den Arbeitern waren es 8 (Ost) und 3 (West) Prozent (siehe Tab. 7).³¹ Im NPD-Elektorat überrepräsentiert waren darüber hinaus, aufgrund des hohen Anteils der 18 bis 25-Jährigen, auch die in Ausbildung Befindlichen.

Im Übrigen ergaben die Umfragen Charakteristika des Wahlverhaltens, die bei Rechtsaußenparteien häufig beobachtet worden sind: Wähler mit niedrigem formalen Bildungsgrad waren ebenso überrepräsentiert wie Konfessionslose. Kirchenorientierung verhindert bis zu einem gewissen Grad rechtsextremes Wahlverhalten, während dies für die Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht mehr gilt.³² So erhielt die NPD bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern im Osten 10 Prozent der Stimmen.

31 Vgl. Infratest dimap, Wahlreport Bundestagswahl 2005, Berlin 2005, S. 89.

32 Für die REP-Erfolge zu Beginn der neunziger Jahre ermittelten Jürgen W. Falter und Markus Klein noch eine gewisse, wenn auch gegenüber den Befunden der historischen Wahlforschung zur Wählerschaft der NSDAP und der NPD der sechziger Jahre abgeschwächte, Immunisierungswirkung der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Vgl. Jürgen W. Falter in Zusammenarbeit mit Markus Klein, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994, S. 91. Nicht zuletzt aufgrund der gewandelten sozialen Bedeutung der Gewerkschaftsmitgliedschaft hat sich dieser Effekt weiter abgeschwächt. Dies gilt in erster Linie für die nicht-aktiven Mitglieder, wobei beträchtliche Ost-West-Differenzen aufgezeigt worden sind. Vgl. Richard Stöss/Michael Fichter/Joachim Kreis/Bodo Zeuner, Abschlussbericht zum Projekt „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, Berlin, Dezember 2004, http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/Downloads/Anfang_neu.pdf (10. Dezember 2005).

Tabelle 7: Wahlverhalten nach Bildung, Tätigkeit, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Konfession in den Wahlgebieten West (einschließlich Berlin-West) und Ost (einschließlich Berlin-Ost)

	SPD		CDU/CSU		GRÜNE		FDP		Linke.PDS		NPD	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Endergebnis	35,1	30,4	37,4	25,3	8,8	5,2	10,2	8,0	4,0	25,3	1,1	3,6
Bildung												
hoch	30,0	31,0	34,0	25,0	15,0	9,0	13,0	8,0	5,0	25,0	1,0	1,0
mittel	36,0	29,0	39,0	23,0	8,0	5,0	10,0	9,0	4,0	28,0	1,0	5,0
niedrig	39,0	32,0	39,0	31,0	4,0	2,0	8,0	7,0	6,0	21,0	2,0	5,0
Tätigkeit												
Arbeiter	41,0	26,0	33,0	23,0	5,0	3,0	7,0	8,0	8,0	27,0	3,0	8,0
Angestellte	37,0	33,0	33,0	24,0	12,0	8,0	11,0	9,0	4,0	24,0	1,0	2,0
Beamte	31,0	24,0	39,0	29,0	15,0	9,0	9,0	11,0	5,0	23,0	0,0	3,0
Selbständige	20,0	23,0	42,0	36,0	13,0	6,0	20,0	18,0	4,0	16,0	0,0	1,0
Rentner	36,0	36,0	45,0	30,0	5,0	3,0	9,0	5,0	4,0	23,0	0,0	1,0
in Ausbildung	40,0	40,0	26,0	16,0	14,0	10,0	11,0	8,0	5,0	19,0	2,0	4,0
Arbeitslose	36,0	22,0	26,0	19,0	9,0	4,0	9,0	6,0	13,0	39,0	4,0	7,0
Gewerkschaft												
Mitglieder	50,0	34,0	25,0	18,0	8,0	5,0	5,0	7,0	8,0	32,0	1,0	5,0
nur Arbeiter	55,0	32,0	21,0	17,0	4,0	3,0	4,0	5,0	10,0	31,0	3,0	10,0
Nichtmitglieder	32,0	30,0	40,0	27,0	9,0	5,0	12,0	8,0	4,0	24,0	1,0	3,0
Konfession												
evangelisch	41,0	27,0	32,0	35,0	9,0	6,0	10,0	10,0	4,0	18,0	1,0	3,0
katholisch	28,0	23,0	49,0	52,0	7,0	4,0	10,0	12,0	4,0	7,0	1,0	2,0
keine/andere	38,0	33,0	23,0	18,0	14,0	5,0	11,0	7,0	10,0	31,0	2,0	4,0

Quelle: ARD / Infratest dimap, Wahltragsbefragungen 2005, N= 16187; Zeilenprozent; Bildung hoch = Abitur/Hochschule/Universität, mittel = Mittel-/Realschule, niedrig = kein Abschluss/Volks-/Hauptschule; Daten gewichtet nach dem amtlichen Endergebnis.

V. Rechtsextremismus und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland

Die erhöhten Mobilisierungschancen rechtsextremer Parteien deuten auf Probleme der Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland hin. Das Ausmaß dieser Probleme lässt sich aber nur realistisch bestimmen, wenn die Situation im östlichen Deutschland in den gesamteuropäischen Kontext eingeordnet wird. So nehmen sich die Stimmengewinne, vor allem der NPD, auch für das östliche Deutschland bescheiden aus, zieht man einen Vergleich zu den Erfolgen rechtspopulistischer Formationen, wie sie in nicht wenigen Ländern des westlichen Europa mit weit längerer Verfassungsstaatstradition zu verzeichnen sind. So erzielte der französischen *Front national* (FN) bei den Parlamentswahlen von 2002 11,3 Prozent der Stimmen. Bei den belgischen Parlamentswahlen kam der separatistisch-ethnonationalistische *Vlaams Belang* (VB; früher *Vlaams Blok*) auf einen ähnlich hohen Stimmenanteil (11,6 Prozent). In Österreich erhielt die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) bei den Nationalratswahlen von 2006 11,0 Prozent der Stimmen. Selbst in Großbritannien, das als besonders anfällig für politischen Extremismus gilt, konnte die *British National Party* (BNP) bei der Europawahl 2004 immerhin 4,9 Prozent der Stimmen erzielen und damit das höchste Ergebnis, das eine rechtsextreme Partei jemals auf der Insel erreicht hatte.³³

Allerdings handelt es sich bei allen genannten Formationen um Rechtsaußenparteien, die sich in ihrem äußeren Auftreten und ihrer Programmatik deutlich von den Faschismen der Zwischenkriegszeit unterscheiden und ein hohes Maß populistischer Wendigkeit an den Tag legen. Demgegenüber stehen zwei Besonderheiten der Mobilisierungserfolge im östlichen Deutschland ins Auge. Sie gehen zum einen, jedenfalls im Falle der NPD, auf das Konto einer „harten“ rechtsextremen Formation mit erheblicher ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus. Zum anderen rekrutiert diese Partei mit einigem Erfolg Unterstützer und Mitglieder aus militanten fremdenfeindlichen/rechtsextremen Subkulturen, die sich im östlichen Deutschland einer das westeuropäische „Normalmaß“ bei weitem übersteigenden Vitalität erfreuen.

Diese Besonderheiten zeigen die Anfälligkeit der ostdeutschen Transformationsgesellschaft für politischen Extremismus, begründen jedoch auch die Vermutung, dass „die Bäume“ der NPD nicht in den politischen „Himmel“ wachsen dürften. Ihre Nähe zu militanten Szenen bringt sie in den Dunstkreis politisch motivierter Gewalt. Das in Wahlkämpfen erkennbare Bemühen, mit sozialpolitischer Sachkompetenz als ernsthafte Alternative in Erscheinung zu treten, wird zudem von der Faszination des Nationalsozialismus konterkariert, denen ein er-

33 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Neue Entwicklung des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage*, Berlin 2006; Roger Eatwell, *Community Cohesion and Cumulative Extremism in Contemporary Britain*. In: *The Political Quarterly*, 77 (2006) 2, S. 204–216.

heblicher Teil der Aktiven unterliegt. Wäre dies anders, würde die Partei rebellieren, wenn der Bundesvorsitzende öffentlich seiner Bewunderung für den „großen deutschen Staatsmann“ Adolf Hitler Ausdruck verleiht und verkündet, seine Partei versuche „neben Nationalliberalen und Nationalkonservativen eben auch die nationalsozialistische Strömung zu integrieren, da eine Abgrenzung nur dem politischen Gegner hilft“.³⁴

Wie Äußerungen dieser Art zeigen, ist die NPD bislang kaum zu einer demokratischen Mimikry willens und in der Lage. Zwar hat sie in den Wahlkämpfen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nicht ohne Erfolg sozialpolitische Themen in den Mittelpunkt gestellt. Ihre gewählten Abgeordneten fielen jedoch schon bald durch verbale Entgleisungen auf, die die geistige Nähe zur NS-Ideologie offenbarten. Erwähnt sei nur die Entgegnung des sächsischen NPD-Abgeordneten Leichsenring auf einen Zwischenruf („Es gab schon mal Sonderzüge – mit Zügen kennt ihr euch ja aus!“) des PDS-Abgeordneten Porsch: „Ja, ja, manchmal wünscht man sie sich wieder, wenn ich manche so sehe“.³⁵ Der ideologische Dogmatismus – mit der Idee einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ als geistigem Zentrum – und der strategische Radikalismus der Partei sind so ausgeprägt, dass sie die Anforderungen jener „winning formulas“ verfehlt, die Komparatisten wie Herbert Kitschelt, Piero Ignazi oder Jens Rydgren für den Erfolg von Rechtsaußenparteien im westlichen Europa ausfindig gemacht haben.³⁶ Der Partei mangelt es überdies an charismatischer Führung ebenso wie an talentiertem Führungspersonal – eine Folge jahrzehntelanger subkultureller Isolation. So wäre eine effektive Wahlkampfführung in Mecklenburg-Vorpommern unmöglich gewesen, hätte der Bundesvorstand nicht sächsische Kader in den Norden delegiert. Auch die „Intellektualisierung“ dürfte scheitern, da die Partei Vordenker eines „Neuen Nationalismus“ – ohnehin nur

34 „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“. In: Junge Freiheit vom 24. September 2004.

35 NPD-Abgeordneter Uwe Leichsenring in der Debatte über „Linke Gewalt am 1. Mai“. In: Sächsischer Landtag, 4. Wahlperiode, 49. Sitzung vom 11. Mai 2006, Plenarprotokoll 4/49, S. 3907.

36 Vgl. Piero Ignazi, *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford/New York 2003, S. 197–218; Herbert Kitschelt/Anthony J. McGann, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995; Jens Rydgren, *The Populist Challenge. Political Protest and Ethno-Nationalist Mobilization in France*, New York/Oxford 2004, S. 226–232. Siehe dazu auch: Steffen Kailitz, *Das ideologische Profil rechter (und linker) Flügelparteien in den westeuropäischen Demokratien. Eine Auseinandersetzung mit den Thesen Herbert Kitschelts*. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*, Köln 2005, S. 283–320. Ferner: Elisabeth Carter, *The extreme right in Western Europe. Success or failure?*, Manchester/New York 2005; Pippa Norris, *Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market*, New York 2005; Michelle Hale Williams, *The Impact of Radical Right-Wing Parties in West European Democracies*, New York 2006; John Veugeler/André Magnan, *Conditions of far-right strength in contemporary Western Europe: an application of Kitschelt's theory*. In: *European Journal of Political Research*, 44 (2005), S. 861–880.

ein Randphänomen – mit ihrem „Hitlerismus“ verprellt.³⁷ Aus eben diesem Grund erscheint auch zweifelhaft, ob die NPD das Wahlbündnis mit der DVU mittelfristig aufrechterhalten kann, da der DVU im Gegensatz zur NPD am Anschein der Verfassungstreue gelegen ist und Frey auf Distanz gehen dürfte, wenn Erfolge ausbleiben.

Eine Partei mit ausgeprägter NS-Affinität bewegt sich im östlichen wie im westlichen Deutschland auf schwierigem Gelände. Deren Wettbewerbschancen werden durch das Abwehrarsenal der „streitbaren Demokratie“, das die Gründer des deutschen Weststaates nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Untergang der Weimarer Republik rechtlich verankert haben, deutlich geschmälert.³⁸ Zwar sind die Grenzen des Konzepts im NPD-Verbotsverfahren sichtbar geworden, doch erschöpft sich die „streitbare Demokratie“ nicht in den Bestimmungen zur Einschränkung politischer Aktivrechte. Vor allem die in der Öffentlichkeit viel beachteten Berichte des behördlichen Verfassungsschutzes üben eine stigmatisierende Wirkung aus,³⁹ die jene des vielstimmigen Chors gesellschaftlicher „watchdogs“,⁴⁰ wie sie in Deutschland mehr noch als in anderen westeuropäischen Ländern anzutreffen sind, bei weitem übertrifft. Die öffentliche Wahrnehmung und Bedeutung dieser Berichte und Aktivitäten erklärt sich wesentlich aus der politisch-kulturell nachwirkenden NS-Traumatisierung, wie sie in Auseinandersetzungen um das „Dritte Reich“, seine Verbrechen und tristen Hinterlassenschaften zum Ausdruck gelangt. Der (oft

37 Vgl. nur die Kritik des 2004 aus der Partei ausgetretenen ehemaligen Leiters des Arbeitskreises „Volk und Staat“ beim NPD-Parteivorstand: Jürgen Schwab, Die NPD und ihr „Staat“, Ende 2004, http://www.die-kommenden.net/dk/theorie/npd_staat.htm (15. Februar 2006).

38 Vgl. zu den Besonderheiten der „streitbaren Demokratie“: Eckhard Jesse, Demokratieschutz. In: ders./Roland Sturm (Hg.), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 449–474; Hans-Gerd Jaschke, Die Zukunft der „streitbaren Demokratie“. In: TD, 1 (2004), S. 109–122; Uwe Backes, Limits of Political Freedom in Democratic Constitutional States – A Comparative Study on Germany, France and the USA. In: TD, 3 (2006), S. 265–283.

39 Vgl. Uwe Backes, Probleme der Beobachtungs- und Berichtspraxis der Verfassungsschutzämter – am Beispiel von REP und PDS. In: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln u. a. 2000, S. 213–231; Günter Bertram, Hoheitliche Tugendwächter: Verfassungsschutz und „Neue Rechte“. In: Neue Juristische Wochenschrift, 57 (2004) 6, S. 344–347; Hans-Jürgen Doll, Der Verfassungsschutzbericht: ein unverzichtbares Mittel zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem politisch motivierten Extremismus. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 24 (2005) 6, S. 658–661; Ralf Grünke, Geheiligte Mittel? Der Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern, Baden-Baden 2006.

40 Für die USA untersucht diese Wechselwirkung: George Michael, Confronting Right-Wing Extremism and Terrorism in the USA, New York/London 2003. Siehe auch Lazaros Miliopoulos, Die NPD als Machtfaktor im deutschen Parteiensystem. In: Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hg.), Kleine Parteien im Aufwind, Frankfurt a. M. 2006, S. 223–245, hier 227.

diffuse) Antirechtsextremismus prägt die veröffentlichte Meinung und die Diskurse der kulturellen Eliten. Dass diese in die breite Bevölkerung ausstrahlen, zeigt etwa eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (zuletzt 2001). Demnach wurden „Rechtsextremisten“ am häufigsten (79 Prozent) unter jenen Personengruppen genannt, die man „nicht gern als Nachbarn“ hätte – es folgten „Leute, die oft betrunken sind“ (67 Prozent), „Drogenabhängige“ (65 Prozent), „Linksextremisten“ (56 Prozent), „Personen, die vorbestraft sind“ (29 Prozent) und „Psychisch Kranke“ (24 Prozent). Zum Vergleich: In Frankreich, Großbritannien und den USA ergab sich eine andere Reihenfolge; „Rechtsextremisten“ rangierten in keinem dieser Länder an erster Stelle.⁴¹ Gewiss lässt diese Aussage nicht auf Immunität gegenüber rechtsextremen Inhalten schließen, sie sagt aber viel über die sozial-kulturelle Akzeptanz der entsprechenden Personengruppe.

Die NS-Traumatisierung präformiert das Bündnisverhalten der großen Parteien. Gegenüber den Kräften rechtsaußen praktizieren sie (im östlichen Deutschland unter Einschluss der PDS) eine Art „exclusionary oligopoly“.⁴² Auch „weichere“ Rechtsaußenparteien wie die REP galten, wo immer sie in Landtage einzogen, als koalitionsunfähig. Für die ideologisch „härtere“ NPD trifft dies erst recht zu. Sie findet zudem in den Medien (abseitige Internet-Foren und Periodika wie „Nation Europa“ in Coburg ausgenommen) nur negative Resonanz. Nicht zuletzt die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens ist durch eine ausgeprägte „Anti-Rechts-Positionierung“ gekennzeichnet. Die beteiligten Journalisten artikulieren stärker als bei der Behandlung anderer Themen ihre „Ablehnung gegenüber dem Rechtsextremismus“.⁴³ Dies dürfte im östlichen Deutschland kaum anders als im westlichen sein.

Gegen diese Argumentation lässt sich einwenden, die Immunisierungswirkung der NS-Vergangenheit sei im östlichen Deutschland schwächer als im westlichen. Dafür scheinen die Daten zum Ost-West-Gefälle des rechtsextremen Einstellungspotentials (s.o.) zu sprechen. Dem widersprechen jedoch die Ergebnisse von Oliver Decker und Elmar Brähler. Sie ermittelten im Herbst 2006 zwar eine höhere Diktaturneigung (6,5 Prozent) und Ausländerfeindlichkeit (30,6 Prozent) der Ostdeutschen, konstatierten dafür aber bei den Westdeutschen einen höheren Anteil antisemitischer (9,5 Prozent) und chauvinistischer (20,1 Prozent) Einstellungen. Zudem neigten mehr Westdeutsche (4,6 Prozent)

41 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002, Band 11, München 2002, S. 157.

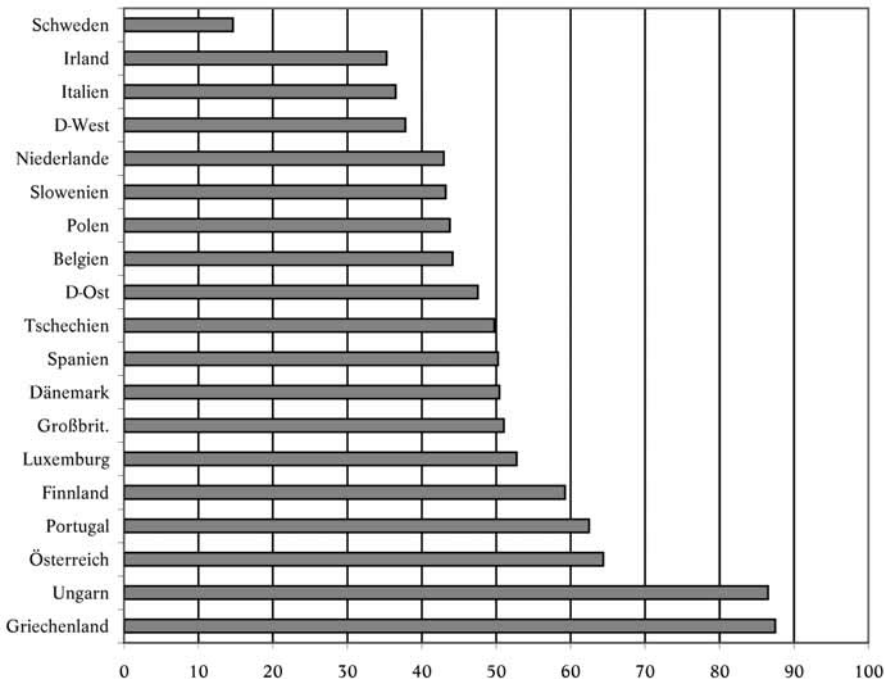
42 So treffend: Laurent Kestel/Lauren Godmer, Institutional inclusion and exclusion of extreme right parties. In: Roger Eatwell/Cas Mudde (Hg.), *Western Democracies and the New Extreme Right Challenge*, London/New York 2004, S. 133–149, hier 135.

43 Vgl. Ekkehardt Oehmichen/Imme Horn/Sylvia Mosler, *Rechtsextremismus und Fernsehen: Inhalts- und Rezeptionsanalysen der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen*. In: Bertelsmann Stiftung/Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hg.), *Strategien gegen Rechtsextremismus*, Band 1: *Ergebnisse der Recherche*, Gütersloh 2005, S. 146–207.

als Ostdeutsche (2,0 Prozent) zur „Verharmlosung des Nationalsozialismus“.⁴⁴ Allerdings sind gegen diese Studie u. a. wegen der zu „weichen“ Formulierung der Items und einer zu schmalen statistischen Basis schwerwiegende methodische Bedenken geltend gemacht worden.⁴⁵

Zur Frage der Ost-West-Differenz vermitteln europaweit vergleichende Untersuchungen nähere Aufschlüsse. So ergab eine Auswertung von Eurobarometer- und European Social Survey-Daten (aus dem Jahr 2003) bei Ostdeutschen ein erheblich höheres Ausmaß an „Widerstand gegen Immigranten“ als bei Westdeutschen (siehe Abb. 6) – ein Befund, der umso mehr ins Auge sticht, als das östliche Deutschland einen erheblich geringeren Ausländeranteil aufwies. Doch nahm das östliche Deutschland im europäischen Vergleich keineswegs einen (negativen) Spitzenplatz ein und wurde von alteingesessenen Demokratien wie

Abb. 6: Widerstand gegen Immigranten, 2003



Quelle: Eurobarometer, European Social Survey; European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (Hg.), *Majorities' Attitudes Towards Minorities. Key Findings from the Eurobarometer and the European Social Survey*, Wien 2005, S. 33.

44 Vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler, *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 43.

45 Vgl. Klaus Schroeder, *Wie den Deutschen Rechtsextremismus angedichtet wird*. In: *Die Welt* vom 7. Februar 2007.

Großbritannien bei weitem überrundet. Der Vergleich mit den unmittelbaren östlichen Nachbarn und Transformationsländern Polen und Tschechien zeigt ein ähnlich hohes „Widerstandspotential“.

Auch die Diktaturneigung der Ostdeutschen scheint nicht aus dem europäischen Rahmen zu fallen. So maßen Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann in einer breit angelegten Untersuchung zur Demokratieunterstützung in Osteuropa die Verbreitung „autokratischer“ Einstellungen. Als „Autokraten“ wurden die Befragten eingestuft, wenn sie für eine dominierende Rolle des Militärs oder für einen „starken Führer“ („strong leader“) plädierten, der sich nicht um Wahlen oder parlamentarische Beratungen zu scheren brauche.⁴⁶ Nach den für die zweite Hälfte der neunziger Jahre erhobenen Daten unterstützten zwei Prozent der Ostdeutschen und ein Prozent der Westdeutschen ein autokratisches Regime. Die Ost-West-Differenz zeigte sich also auch hier. Zwar schnitt das östliche Deutschland gegenüber Westdeutschland schlechter ab, nicht jedoch im Vergleich zu anderen alteingesessenen Demokratien des Westens wie etwa den USA (fünf Prozent der Bevölkerung plädierten im Schnitt für ein autokratisches Regime). Im internationalen Vergleich waren die ostdeutschen Werte mit Blick auf die Demokratie als Ideal, die Demokratie als real existierendes System (in Deutschland), die Ablehnung der Gewalt als Mittel der Politik und die Wertschätzung rechtsstaatlicher Verfahren zudem wenig besorgniserregend. Noch günstiger fiel das Bild im Vergleich mit ost- und ostmitteleuropäischen Staaten aus. Diesen Befund bestätigt auch der „Demokratiewiderstandsindex“, den Jörg Jacobs, Olaf Müller und Gert Pickel auf der Grundlage von New Democracies Barometer-Daten entwickelt haben (siehe Tab. 8).

So war das gemessene Demokratiewiderstandspotential in den östlichen deutschen Ländern zwar deutlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, Großbritannien und den USA, fiel aber zugleich erheblich niedriger aus als in Polen, der Slowakei, Litauen, Ungarn – oder gar Russland, das am Ende der Skala rangierte.⁴⁷

Die Befunde legen folgenden Schluss nahe: Die NPD stößt im östlichen Deutschland zwar auf eine günstigere Nachfragesituation als im westlichen. Von einer gravierenden Tendenz in Richtung Dekonsolidierung der Demokratie kann jedoch nicht die Rede sein. Im Vergleich mit den ostmitteleuropäischen Staaten weist das östliche Deutschland bereits ein hohes Maß an Demokratiekonsolidierung auf. Zweifellos ist diese Entwicklung wesentlich durch den erfolgreichen West-Ost-Transfer des politisch-institutionellen Systems und den damit verbundenen Elitenaustausch erleichtert worden. Ohnehin sind sich

46 Hans-Dieter Klingemann/Dieter Fuchs/Susanne Fuchs/Jan Zielonka, Support for democracy and autocracy in central and eastern Europe. In: Hans-Dieter Klingemann/Dieter Fuchs/Jan Zielonka (Hg.), *Democracy and Political Culture in Eastern Europe*, London/New York 2006, S. 1–21, hier 4 f.

47 Vgl. zu diesen Ergebnissen auch Jörg Jacobs, *Tücken der Demokratie. Antisystem Einstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern*, Wiesbaden 2004, S. 175 ff.

Komparatisten nicht darüber einig, welcher Schwellenwert bei der Einstufung einer Demokratie als konsolidiert oder nicht-konsolidiert zugrunde zu legen ist. Nach Larry Diamond, einem der renommiertesten Demokratieforscher, darf der Anteil der Befragten, die für einen Regimewechsel plädieren, nicht höher als 15 Prozent liegen, wenn eine Demokratie noch als konsolidiert gelten soll.⁴⁸ Legt man diesen Maßstab zugrunde, besteht kein Anlass zu allzu großer Besorgnis, zumal die östlichen Länder in den Gesamtrahmen der deutschen und europäischen Demokratie eingebunden sind. Doch dürfte man gut daran tun, die von Extremismen ausgehenden Dekonsolidierungstendenzen auch unterhalb des Diamondschen Schwellenwertes aufmerksam zu registrieren und präventiv tätig zu werden, lange bevor eine systembedrohende Entwicklung eintritt.

Tabelle 8: Demokratiewiderstandsindex

	Austausch der Demokratie	Prinzipien der Demokratie	Reaktivität des Staates	eigene Rolle in der Politik	Staat beeinflusst Wirtschaft	Aggregierter Index
USA	0.19	0.98	0.64	0.06	0.85	0.641
Großbritannien	0.84	1.23	0.30	0.69	1.48	0.763
Westdeutschland	0.06	0.91	0.62	0.78	1.23	0.721
Ostdeutschland	0.20	0.83	1.03	1.12	2.59	1.144
Tschechien	0.52	1.18	0.84	0.82	2.20	1.114
Polen	0.28	1.61	0.79	1.22	2.68	1.316
Slowakei	0.36	0.97	0.87	1.08	2.87	1.231
Ungarn	0.90	1.45	1.10	1.30	2.42	1.436
Bulgarien	0.64	1.22	0.26	0.73	2.82	1.145
Litauen	0.49	1.88	0.96	0.94	2.37	1.329
Russland	1.32	1.45	1.50	1.10	3.16	1.705

Quelle: Daten des International Social Survey Program 1996; n>850; Index-Werte: 0-0.9 „keinerlei Widerstand“, 1-1.9 „gemäßigter Widerstand“, 2-2.9 „starker Widerstand“, 3-3.9 „extrem starker Widerstand“, 4.0 „auf Sand gebaut“; nach Jörg Jacobs/Olaf Müller/Gert Pickel, Persistence of the Democracies in Central and Eastern Europe. Consolidation, Stability, and People's Power of Resisting. In: Detlef Pollack/Jörg Jacobs/Olaf Müller/Gert Pickel (Hg.), Political Culture in Post-Communist Europe. Attitudes in New Democracies, Aldershot 2003, S. 91-114, hier 103-105.

48 Vgl. Larry Diamond, Developing Democracy: Toward Consolidation, Baltimore u. a. 1999, S. 68.